



Garnet Alps/Johannes Katzan:
IG Metall-Angestelltenarbeit

Otto König/Richard Detje:
Das ThyssenKrupp-Drama

**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

Marion Fisch, Hajo Funke,
Thomas Kuczynski, Peter
Schadt, Thomas Jaitner,
Christoph Lieber, Joachim
Bischoff, Michael Wendl

Engels zum 200. Geburtstag

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Die Niederlande im Strudel der Corona-Pandemie

Die Niederlande haben sich im Frühjahr in der Auseinandersetzung mit dem Infektionsgeschehen auf ein liberales Abwehr-Dispositiv verständigt. Monate später explodieren die Infektionszahlen.

Griechische Neonazi-Partei des Mordes schuldig

Der Prozess dauerte mehr als fünf Jahre. Jetzt hat ein Richterkollegium am Areopag, dem obersten Gericht Griechenlands, den Parteigründer der »Goldenen Morgenröte« Nikolaos Michaloliakos sowie 67 weitere Angeklagte wegen Mordes, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung und unerlaubtem Waffenbesitz schuldig gesprochen.

Veränderte Prognose

Der IWF korrigierte seine Konjunkturprognose: Dank historisch beispielloser Konjunkturlösungen und Kreditunterstützung hätten die großen Volkswirtschaften die Folgen der Corona-Krise im zweiten Quartal besser bewältigt als zunächst eingeschätzt.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Katastrophen- und Krisenszenarien

Hajo Funke: Trumps Mobilmachung – Faschistoide Gefahr für die Demokratie?	2
Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Lernfähiger Antipopulismus? Abschwellender Populismus und Radikalisierung am rechten Rand	10
Thomas Jaitner: Spanien am Abgrund	16

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Existenz der Stahlindustrie gefährdet Transformation zu »grünem Stahl« mit staatlicher Unterstützung	21
Peter Stahn: Kahlschlag bei Opel vorerst vom Tisch? Zur Zukunft der Autoindustrie in Hessen	25
Gerd Lobboda/Gerhard Richter: Wir trauern um Heinz Pfäfflin (1956-2020) ..	27
Garnet Alps/Johannes Katzan: Solidarität ist kein Projekt. Nachhaltige Organisations- und Mitgliederentwicklung im Angestelltenbereich der IG Metall	28
Peter Schadt: 200 Jahre Friedrich Engels – Argumente eines Kritikers	34

Friedrich Engels und die »Ironie der Geschichte«

Thomas Kuczynski: Engels' Altersbriefe im Lichte des Zusammenbruchs des »Realsozialismus«	38
---	----

Hegel und der Weltzustand

Christoph Lieber: Hegel – Zeitdiagnose oder »Dialektik einpauken«	43
--	----

Staatsschulden und die Verteilungsfrage

Michael Wendt: Müssen Staatsanleihen zurückgezahlt werden? Über Vorurteile und Mythen	52
Joachim Bischoff: Die Corona-Pandemie und die massive Neuverschuldung	57
Wolf von Matzenau: Das Gift der Ungleichheit (zu Dierk Hirschel)	63

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum	65
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Enfant terrible (Filmkritik)	69

Supplement

Joachim Bischoff/Bernhard Müller Auf wessen Schultern? Die Corona-Pandemie befördert die soziale Ungleichheit	
--	--

Spanien am Abgrund

von ■ Thomas Jaitner



Flaggenfeld zum Gedenken an Coronatote, Madrid, 27.9.2020. (Foto: dpa)

Es steht nicht gut um Spanien. Die Corona-Pandemie, die nach dem Ende des nationalen Alarmzustandes im Juni beherrschbar schien, erreichte eine massive zweite Welle. Die Wirtschaft erlebte den tiefsten Absturz aller EU-Staaten, die zweite Corona-Welle wird eine Erholung noch schwieriger machen. Die öffentlichen Dienste kämpfen mit großen Problemen, vor allem im Gesundheitswesen und in den Schulen; das System der autonomen Regionen erweist sich als ineffektiv. Die Monarchie ist auf einem Tiefpunkt angekommen, von dem sie sich nur schwerlich erholen wird. Die Flucht des Ex-Königs Juan Carlos zeigte, dass sie Teil eines umfassenden Systems von Korruption ist. Die politischen Auseinandersetzungen werden mit einer enormen Aggressivität geführt. Die ökologische Krise legte keine Pause ein, die Hitze und Trockenheit dieses Sommers sind ein deutliches Warnsignal. Die Pandemie hat die Krisenhaftigkeit der spanischen Gesellschaft deutlich ge-

macht, die schon zuvor bestand, die sich aber in dieser Ausnahmesituation umso deutlicher zeigt. Es ist offensichtlich, dass strategische Entscheidungen anstehen, die in der Vergangenheit immer wieder aufgeschoben wurden.

1.

Die Corona-Pandemie ist mit Macht zurückgekommen. Nach dem Ende des nationalen Alarmzustandes am 21. Juni ging die Behandlung der Pandemie in die Zuständigkeit der autonomen Regionen über. Es begann ein Wettlauf um eine möglichst rasche Rückkehr zur Normalität. Schon im Juli breitete sich das Virus in Katalonien dann wieder rasch aus, es kam zu lokalen Quarantänemaßnahmen. Im selben Monat mussten dort Strände wegen Überfüllung geschlossen werden. Seit August war auch das restliche Spanien betroffen, vor allem Madrid erlebte Rekordzahlen. Mitte Oktober gab es in ganz Spanien 11.970 Neuinfizierte pro Tag, in Madrid waren

es allein 2.700. Mit 462 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner*innen in den letzten 14 Tagen gehörte Madrid zu den europäischen Spitzenreitern.

Die Gesundheitszentren als erste Anlaufstelle für Einwohner*innen mit Coronaverdacht sind wieder überlastet. Über ein Drittel der Intensivbetten sind mit Patient*innen belegt. Die Regierung musste 2.000 Soldaten zur Rückverfolgung der Infektionen bereitstellen, von denen 150 in Madrid im Einsatz sind. Mitte Oktober lebten 63% aller Spanier*innen mit Einschränkungen unterschiedlicher Art, die lokale Lockdowns, Reisebeschränkungen oder Begrenzungen für Restaurantsbesuche umfassen (vgl. eldiario.es, 17.10.). Bedenklich erscheint, dass das Personal im Gesundheitswesen erschöpft und wenig vorbereitet auf eine zweite Welle ist. Durch seinen Einsatz konnten bislang viele Mängel des Systems ausgeglichen werden. Dieser Befund ergibt sich z.B. aus einer Untersuchung des Ärztekolle-

giums von Barcelona über die Gesundheit des Personals im Gesundheitswesen. Danach haben 24% der Ärzt*innen mit dem Gedanken gespielt, ihre Arbeit aufzugeben (eldiario.es, 8.10.).

Es gibt eine intensive Debatte über die Frage, wie der besonders steile Anstieg in Spanien zu erklären ist. In unserem Zusammenhang sind unabhängig von medizinischen Problemen drei Faktoren von Interesse:

- Der besonders hohe Anteil von Neuinfizierten in den Arbeitervierteln im Süden Madrids weist auf die schwierige soziale Lage hin: Viele Familien leben in beengten Verhältnissen, die Gesundheitsversorgung ist hier besonders schlecht, die Klassengrößen in den Schulen hoch, die Enge in den öffentlichen Verkehrsmitteln, auf die sie für die Fahrt zur Arbeit angewiesen sind, enorm. Prekäre Arbeitsverhältnisse lassen es nicht zu, die Arbeit zu unterbrechen und stattdessen in Quarantäne zu gehen. Die Ansteckungsgefahr ist dort deshalb besonders hoch.
- Nach dem Ende des nationalen Alarmzustandes, der von der Opposition scharf bekämpft worden war, versuchten viele Regionen rasch den »Normalzustand« wiederherzustellen und reagierten nach dem Ausflammen der zweiten Welle spät. Dahinter liegen politische Motive: Es ging um die Deligitimierung der nationalen Regierung und um eine Belebung des Tourismus.
- Die Mittelkürzungen und Privatisierungen der letzten Jahre haben dem Gesundheitssystem erheblich geschadet. Davon waren vor allem Madrid und Katalonien betroffen, die auch besonders unter der Pandemie leiden. In einem Urteil des Obersten Gerichtshofes wurde festgestellt, dass die autonomen Regionen, unter deren Zuständigkeit das Gesundheitssystem steht, einen ausreichenden Schutz des Gesundheitspersonals in der Pandemie versäumten. Madrid und Katalonien investieren besonders wenig in das Gesundheitswesen (3,6% bzw. 4,5% anteilig am BIP). Dass es auch anders geht, zeigen die Regionen Asturien (7,4%) und Valencia (6,3%). Die Folgen konnte man

im Frühjahr in den Altersheimen besonders deutlich beobachten, die vor allem von privaten Trägern unterhalten werden. Die Organisation »Ärzte ohne Grenzen« veröffentlichte am 18. August einen Erfahrungsbericht aus ihrer Arbeit in 500 Residenzen in ganz Spanien in den Monaten März bis Mai. Demnach gab es nirgendwo Notfallprogramme, das Personal war **völlig überfordert und selber ungeschützt**, die Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern funktionierte nicht. Es ist von fürchterlichen Horrorszenarien die Rede.

Zur wirtschaftlichen Situation veröffentlichte die spanische Regierung Anfang Oktober ihre Prognose. Danach wird das Bruttoinlandsprodukt 2020 um 11,2% sinken, die Arbeitslosigkeit auf 17,1% steigen. Die Oktoberdaten des Internationalen Währungsfonds schätzen den Rückgang der Wirtschaftsleistung sogar auf -12,8%. Auf jeden Fall liegt damit Spanien deutlich über dem Rückgang der Eurozone (-8,3%) und bleibt Schlusslicht im europäischen Vergleich. Der Rückgang ist unterschiedlich verteilt. So sind die Balearen die am stärksten betroffene autonome Region mit einem Rückgang zwischen 30 und 40%. Hintergrund ist der Einbruch des Tourismus, eines Leitsektors der spanischen Wirtschaft, der 2019 einen Anteil am BIP von 14,3% hatte. In den ersten acht Monaten des Jahres 2020 kamen 15,7 Mio. ausländische Tourist*innen nach Spanien, 2019 waren es im gleichen Zeitraum 58,1 Mio., ein Rückgang also um 73%.

Bislang verhindern unterschiedliche Maßnahmen eine soziale Katastrophe. So ist das Kurzarbeitergeld ausgedehnt worden, die im Juni beschlossene Grundsicherung erreicht trotz großer Probleme bei der Umsetzung bislang 130.000 Haushalte. Auch in Spanien ist Homeoffice mittlerweile weitverbreitet. Dennoch sind die Folgen für viele spürbar. Im September benötigten 1,46 Mio. Menschen eine Unterstützung, um überhaupt genug essen zu können. Ein Lebensmittelprogramm über 86,9 Mio. Euro stellt Lebensmittelpakete zur Verfügung (vgl. Público 27.9.).

2.

Einer solidarischen und sozial gerechten Lösung der spanischen Vielfachkrise steht eine mächtige Rechte gegenüber, in der spezifischen Form einer spanischen und einer katalanischen Variante. Sie instrumentalisierte die Pandemie für ihre politischen Ziele, einmal vorgebracht als neoliberale Standortpolitik in der Speerspitze Madrid, einmal als secessionistischer Nationalismus in Katalonien. Beide Seiten gingen zu Beginn der Coronakrise davon aus, dass die Koalitionsregierung aus PSOE und Unidas Podemos, die nicht über die Mehrheit im Parlament verfügt und auf Bündnispartner angewiesen ist, die Probleme nicht meistern könne und ihr Sturz möglich sei. Man spekulierte auch darauf, dass sich der PSOE-Chef Pedro Sánchez lange gegen diese Koalition gewehrt hatte. In offensichtlicher Einigkeit versuchten sie alle Maßnahmen der Regierung zu torpedieren, insbesondere den Alarmzustand. Entscheidend für die eigene Position war, dass sie das Gegenteil der Regierungsmeinung darstellte.

In den letzten Wochen rückte vor allem die autonome Region Madrid ins Zentrum mit der kaltschnäuzig-zynisch argumentierenden Ministerpräsidentin Isabel Díaz Ayuso, die an der Spitze einer Koalitionsregierung PP-Ciudadanos mit parlamentarischer Unterstützung der rechtsradikalen VOX steht. Ihre Behandlung der Pandemie ist gekennzeichnet von Inkompetenz und mangelnder Selbstkritik, Rücktritten und Entlassungen in der autonomen Regierung. Beispielhaft war die Ankündigung, 11.000 neue Lehrkräfte einzustellen, um die Klassengrößen auf 20 Schüler*innen senken zu können, tatsächlich eingestellt wurden nur 300. Die Politik der Privatisierung geht ungebrochen weiter: Anstatt das Personal, das Infektionen rückverfolgt, massiv aufzustocken (die Gesundheitsbehörde hatte 150 Neueinstellungen verlangt), waren es am Ende nur 20 Personen, der Auftrag wurde an eine private Firma vergeben. Es gab keinerlei Maßnahmen zur Erhöhung der Kapazitäten der Madrider Metro, um

Thomas Jaitner lebt in Köln. In Heft 5/2020 erschien von ihm der Beitrag: »Spanien: Die Wellen schlagen zehn Meter hoch«.

das Gedränge vor allem in den Stoßzeiten zu verhindern.

Es dominierten Schuldzuweisungen unterschiedlicher Art: Mal waren es die Lebensweise der Migrant*innen im Madrider Süden, mal die auf dem Flughafen Madrid-Barajas ankommenden Passagiere, die die Infektionen vorantrieben. Dass dafür keine Beweise vorlagen, interessierte wenig. Als die nationale Regierung im Juni den Übergang vom Alarmzustand zur Normalität phasenweise gestalten wollte und für besonders betroffene Gebiete wie Madrid und Barcelona ein langsames Vorgehen vorsah, protestierte Ayuso heftig: Die Regierung wolle Madrid ruinieren, Madrid sei nicht irgendeine autonome Region, Madrid sei Spanien. Verbrämt wird die Forderung nach einer Sonderstellung Madrids mit patriotischen Parolen von der Einheit Spaniens und mit wehenden Fahnen. Zum bislang letzten Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung kam es Anfang Oktober, bis sich die Regierung angesichts hoher Infektionszahlen nach einem langen Hin und Her gezwungen sah, in Madrid und einigen anderen Städten der Region den Alarmzustand zu verhängen.

Ayuso verfolgt mit ihrer Vorgehensweise zwei Ziele:

- Zum einen geht es darum, Madrid durch Steuerdumping als Banken-, Verwaltungs-, Medien- und Einkaufsmetropole auszubauen. Immer wieder kündigt Ayuso Steuersenkungen an, die sie als eigentlichen Kern ihres Programms bezeichnet. Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Region Valencia, Mónica Oltra, bezeichnet Madrid als »ein schwarzes Loch, das die Ressourcen anderer Regionen verschlingt und ein völlig unakzeptables Steuerdumping betreibt« (cuartopoder.es, 16.10.).
- Durch ihre Weigerung, angemessene Maßnahmen gegen die Pandemie zu ergreifen, zwingt sie die nationale Regierung dazu, ihrerseits den Alarmzustand auszurufen. Diese soll so aus wahltaktischen Gründen und Stimmungsmache für die damit zusammenhängenden Einschränkungen verantwortlich gemacht werden. Dieser Konfrontationskurs hat aber auch seine Grenzen. Ciudadanos dis-

tanziert sich immer wieder von Ayusos Vorgehen, auf nationaler Ebene ist die Partei bereit, den Kurs der Regierung mitzutragen. Auch innerhalb der PP gibt es Widerstand. So unterstützte der PP-Ministerpräsident der Madrid benachbarten Region Castilla-León die Reisebeschränkungen für Madrider, weil er eine Zunahme der Infektionen in seiner eigenen Region befürchtete. Aber die Konfrontation wird weitergehen. Dafür sorgt z.B. der Misstrauensantrag, den VOX gegen die Regierung gestellt hat und der Ende Oktober im Parlament zur Debatte steht. Dieser Antrag hat zwar keine Aussicht auf Erfolg, selbst die PP unterstützt ihn nicht. Aber er wird dafür sorgen, dass über Tage hinweg dieses Thema in den Medien präsent ist und die Stimmung angeheizt wird.

Die spanische Rechte zeigte im Jahr 2020, dass sie auch aus der Opposition heraus eine enorme Macht entwickeln kann, ihre Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen, ein irrationales und emotionales Klima der Konfrontation zu schaffen und demokratische und soziale Lösungen für die vielfältigen spanischen Krisen zu blockieren. Die Konfrontationspolitik wird sogar während einer gefährlichen Pandemie mit massiven sozialen Problemen fortgeführt, wo eigentlich eine Pause eingelegt werden müsste, um gemeinsam die Probleme zu überwinden. Wie ist diese Macht zu erklären?

- Die spanische Rechte besitzt eine starke Stellung in der hohen Verwaltung, der Justiz, der Armee und den Medien. Der Staatsapparat wird als Eigentum betrachtet. Jüngster Beweis dafür ist der aktuelle Skandal, der unter der Bezeichnung »Kitchen« läuft: 2013 beauftragte der damalige spanische Innenminister der PP-Regierung die Policía Nacional, dem ehemaligen PP-Schatzmeister Bárcenas Dokumente zu entwenden. Bárcenas hatte über eine illegale schwarze Kasse Aktivitäten der PP finanziert und saß in Haft. Nun fürchtete man, dass er vor den Justizbehörden entsprechende Aussagen machen würde. Die Inanspruchnahme staatlicher Organe für Parteizwecke ist kein Sonderfall. Verhängnisvoll ist auch der Einfluss in der

Justiz, die jederzeit als politisches Einflussmittel benutzt werden kann. Aktuell wird sie z.B. eingesetzt, um die Korruption des ehemaligen Königs Juan Carlos unter den Teppich zu kehren. Typisch für dieses patrimoniale Verhältnis ist auch, dass ein Eintritt von Unidas Podemos in die Regierung völlig unakzeptabel sei. Von Beginn an sprach die spanische Rechte der Regierung die Legitimität ab, weil es sich um eine »sozial-kommunistische Koalition« handele. Das bezog auch Ministerpräsident Sánchez ein, der als zu wankelmütig betrachtet wurde, weil er es nicht geschafft hatte, die »Kommunisten« von der Regierung fernzuhalten.

- Die gemäßigte spanische Rechte grenzt sich im Unterschied zu anderen europäischen Ländern nicht von der Ultrarechten ab, sondern kooperiert mit ihr. In den autonomen Regionen Madrid und Andalusien sind die Regierungen aus PP und Ciudadanos nur möglich durch die parlamentarische Unterstützung von VOX. Die Rechtsradikalen bestimmen oft die politische Agenda, der sich vor allem die PP anpasst.
- Die rechten Parteien verfügen über funktionierende Strukturen auf lokaler Ebene mit vielfältigen Verbindungen zu anderen Organisationen und Vereinigungen.
- Die spanische Rechte kann sich auf die finanzielle, kulturelle oder organisatorische Unterstützung eines Teils der traditionellen spanischen Elite stützen. Diese Elite hat sich im Übergang zur Demokratie gewandelt und an die neuen Bedingungen angepasst, aber ihre Macht wurde nicht angetastet.

3.

Die spanische Rechte auf nationaler Ebene ist deutlich stärker als die regionale katalanische. Allerdings hat diese ihre Position in der Regionalverwaltung über 40 Jahre massiv ausgebaut. Sie hat »eine bedeutende lokale Macht aufgebaut und es geschafft, einen mächtigen Propagandaapparat zu errichten, der einen hohen Grad an kultureller Hegemonie ermöglicht« (Albert Recio: Dos derechas y una izquierda débil, in: mientras tanto,

10/2020). Beiden Varianten der Rechten ist »ein nationalistischer Wesenskern und eine opportunistische Auffassung von Demokratie [gemeinsam], die leicht in ein autoritäres Verhalten umschlagen kann« (ebd.). Zu den Gemeinsamkeiten gehört auch eine grundlegend neoliberal ausgeprägte Politik.

Allerdings befindet sich der rechte Flügel der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung in der Defensive. Quim Torra hatte sich im Mai 2018 bei seiner Amtseinführung als »president« der Regionalregierung erklärt, er fühle sich als Stellvertreter des eigentlich legitimen Präsidenten Puigdemont und wolle die Unabhängigkeit durch die Erarbeitung einer Verfassung mit anschließender Volksabstimmung vorantreiben. Tatsächlich zeigte sich aber, dass die Unabhängigkeit nicht erreichbar war. Das wird auch in der nächsten Zukunft so bleiben. Das liegt u.a. an der Haltung der Europäischen Union. Im Oktober 2017 auf dem Höhepunkt der Unabhängigkeitsbewegung machte die EU deutlich, dass sie kein Interesse an einer katalanischen Republik habe.

Das im Juli 2020 beschlossene Wiederaufbau-Programm der EU wird von der spanischen Regierung verwaltet. Eine künftige katalanische Regierung muss deshalb mit der Madrider Regierung verhandeln, um an die dringend benötigten Gelder zu kommen. Die Debatte in der Unabhängigkeitsbewegung dreht sich um die Frage, ob man an der Linie »je schlimmer, desto besser« festhalten soll und weiterhin um jeden Preis die Konfrontation mit der Madrider Regierung sucht. Torra (und sein Mentor Puigdemont) standen für ein derartiges Vorgehen. In der Pandemiekrise bedeutete das, gegen Absprachen auf gesamtspanischer Ebene einzutreten unter dem viel zitierten Motto »Madrid tötet uns«. Auf der anderen Seite gibt es die Position, Verhandlungsbereitschaft mit der nationalen Regierung zu zeigen, um zugleich die Unterstützung für die Unabhängigkeitsbewegung zu erweitern und zu einem späteren Zeitpunkt die Unabhängigkeit erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Debatte führt zu Spaltungen (innerhalb der Partei Puigdemonts Partit Demòcrata Europeu Català) und Zerwürfnissen zwischen

Torra/Puigdemont und der ERC, die die Wahl der spanischen Koalitionsregierung ermöglicht hatte.

Im September 2020 bestätigte der Oberste Gerichtshof Spaniens ein vom katalanischen Obersten Gericht verhängtes Amtsverbot für Torra für anderthalb Jahre. Torra hatte sich geweigert, Symbole der Unabhängigkeitsbewegung vom Präsidentenpalast in Barcelona bei der Wahl im April 2019 abzunehmen. Die bis zu den Regionalwahlen im Februar 2021 amtierende Regierung kann nur die laufenden Geschäfte abwickeln. So ist der aktuelle Niedergang des FC Barcelona symbolisch für den Zustand der katalanischen Gesellschaft. Der aktuelle Stillstand lässt aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die katalanische Gesellschaft tief gespalten ist. Ein großer Teil der katalanischen Mittelschichten hat sich längst emotional von Spanien verabschiedet. Daran wird sich in den nächsten Jahren wenig ändern. Damit bleibt ein wesentlicher Grund für die Stärkung der spanischen Rechten, vor allem der rechtsradikalen VOX, erhalten, die wiederum umgekehrt dem katalanischen Nationalismus immer neue Nahrung gibt. Zugleich verdrängt die nationale immer wieder die soziale Frage von der Tagesordnung und erschwert enorm ihre Lösung.

4.

Die Koalitionsregierung aus PSOE und Unidas Podemos hat in den heftigen Stürmen der letzten Monate überlebt, was nicht immer erwartet werden konnte. Ihr zentrales Projekt ist der Haushalt 2021. Der aktuell gültige Haushalt stammt noch von der PP-Regierung unter Mariano Rajoy aus dem Jahr 2018, also aus einem anderen Umfeld und mit einer anderen Zielsetzung. Da sich keine neuen Mehrheiten fanden, wurde er einfach immer fortgeschrieben. Die Bedingungen für einen Reformhaushalt sind günstig, weil innerhalb der EU die Austeritätspolitik außer Kraft gesetzt wurde und der europäische Wiederaufbau-Fonds mehr Spielraum verschafft. Ministerpräsident Sánchez setzt ganz auf die europäische Karte. Am 7.10. stellte er den »Plan de Recuperación, Transformación y Resiliencia de

la Economía Española« in Anwesenheit seines Kabinetts, der EU-Botschafter, Journalist*innen sowie Vertretungen der Unternehmerverbände und Gewerkschaften vor. Der Auftritt war sehr staatsmännisch inszeniert und sollte die Botschaft vermitteln, dass es der Ministerpräsident ist, der über die Verteilung der europäischen Gelder verfügt. Bis 2026 belaufen sich die EU-Mittel aus verschiedenen Programmen auf 140 Mrd. Euro, davon 72 Mrd. Euro als Subventionen à fonds perdu. Davon sollen in den nächsten drei Jahren 72 Mrd. Euro ausgegeben werden, 27 Mrd. Euro davon im kommenden Jahr als Teil des neuen Haushaltes. Dieser soll um 53,7% auf insgesamt 196,1 Mrd. Euro anwachsen. Die »zweite große Modernisierung der spanischen Wirtschaft« hat vier Kernbereiche: ökologische Erneuerung, digitale Transformation, Geschlechtergleichheit und sozialer und territorialer Zusammenhalt. In den nächsten drei Jahren ist die Schaffung von 800.000 neuen Arbeitsplätzen vorgesehen. Zu dem Programm gehören auch zehn konkrete Leitlinien, die u.a. die Bereiche Bildung, nationales Gesundheitssystem, Verwaltungsreform und Steuersystem umfassen.

Der Vorsitzende von Izquierda Unida und Minister für Verbraucherschutz, Alberto Garzón, hat ausführlich begründet, was er unter einer Modernisierung der spanischen Wirtschaft versteht (Por qué la modernización de España tiene esos enemigos, eldiario.es, 15.10.). Er geht davon aus, dass das spanische ökonomische Modell die Wirtschaft strukturell anfällig für besonders tiefgehende Krisen macht. Immerhin ist die aktuelle Krise bereits die zweite innerhalb von 13 Jahren. Dieses Modell bildete sich in den 1980er Jahren heraus unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft. Es kam zu einem Prozess der Deindustrialisierung, von der nicht nur die Stahlindustrie, sondern auch traditionelle Exportbereiche wie die Textil- und Schuhindustrie betroffen waren. Die profitable Industrie wurde entweder ausländischem Kapital überlassen (Automobilproduktion) oder besteht aus mehrheitlich kleinen einheimischen Unternehmen, die ihrerseits sehr krisenanfällig sind.

Es bildete sich eine Wirtschaftsstruktur heraus, die von einer Konzentration auf das Bankgeschäft, einem niedrigen technologischen Standard und der starken Abhängigkeit von wenigen Leitsektoren, vor allem dem Bausektor und dem Tourismus, gekennzeichnet war. Innerhalb Spaniens bildeten sich territoriale Ungleichgewichte heraus, die das Land in abgehängte Gebiete und prosperierende Zonen spalteten (vor allem das Baskenland, Katalonien und Madrid). Die zentrale strategische Aufgabe besteht darin, einen Prozess der Reindustrialisierung zu starten. Dieser muss auf eine ökologische Erneuerung abzielen, sich durch Produktinnovation und nicht durch Konkurrenzfähigkeit über den Preis auszeichnen, über einen starken öffentlichen Sektor verfügen und einen neuen Unternehmertyp herausbilden, sodass Unternehmen mit einem hohen technologischen Niveau und internationaler Konkurrenzfähigkeit entstehen können. Garzón geht davon aus, dass die Koalitionsregierung und die aktuelle Politik der EU die Möglichkeit eröffnen, eine derartige strategische Wende einzuleiten. Solche Überlegungen, das aktuelle wirtschaftliche Modell durch eine Modernisierung zu überwinden, werden seit Jahren von kritischen Ökonom*innen diskutiert. Es stellt sich die Frage, welche Hindernisse sich einer derartigen Wende entgegenstellen werden. Werden die Gelder der EU ausreichen und werden sie überhaupt tatsächlich kommen? Der Vizepräsident der »Ökonomen gegen die Krise«, Antonio Ganzález, meint, dass der neue Haushalt und die damit verbundenen europäischen Gelder erst nach dem Frühjahr 2021 wirksam werden können. Entscheidend sei es, kurzfristig die private Nachfrage zu stimulieren, um einen Wachstumsimpuls zu ermöglichen. Zudem: Wie kann verhindert werden, dass die traditionellen Eliten Zugriff auf die Gelder erhalten? Schon jetzt gibt es Beratungsfirmen, die Unternehmen bei der entsprechenden Akquise unterstützen wollen. Wie wird sich die PSOE verhalten, deren Wirtschafts- und Finanzpolitik von dezidiert neoliberal eingestellten Ministerinnen gestaltet wird? Wie kann man dem Druck des rechten Blocks widerstehen, der alles daran set-

zen wird, den neuen Haushalt zu verhindern?

Vieles wird von Unidas Podemos (UP) abhängen, ob eine Wende erfolgreich durchgesetzt werden kann. Aber das Bündnis befindet sich in einem Zustand der Schwäche, in dem Auseinandersetzungen und Spaltungen an der Tagesordnung sind. Ende September löste sich in Galicien das linke Bündnis »En Marea« auf, das 2016 bei den Regionalwahlen mit 19,07% der Stimmen noch zweitstärkste Kraft geworden war. Nach einer endlosen internen Krise mit Spaltungen schafften die beiden Restorganisations bei den Neuwahlen 2020 noch nicht einmal den Sprung ins Regionalparlament. Im Gegensatz zur Rechten ist UP wenig in der Fläche verankert, die Basisorganisationen sind wenig aktiv. Der Politikstil ist sehr konventionell, er beschränkt sich vor allem auf das Agieren in der Regierung, außerparlamentarische Bewegungen werden damit nicht verbunden. Das Gewinnen von Hegemonie ist aus dem Blickfeld geraten. Dennoch bleibt UP eine einflussreiche politische Kraft.

5.

Ende der 1970er Jahre schlossen die Vertreter des alten Franco-Regimes und der Opposition einen Pakt, der den Übergang zu einer neuen Epoche markierte. Dieses Übereinkommen wurde in der Verfassung von 1978 besiegelt. Dadurch wurden einerseits eine parlamentarische Demokratie und der Aufbau eines Sozialstaates ermöglicht, andererseits blieb die Macht der alten Eliten unangetastet, auch wenn sie sich mit erstaunlicher Flexibilität wandeln und an die neuen Bedingungen anpassen mussten. Eine weiter gehende Demokratisierung, die von einer Aufarbeitung der Vergangenheit ausgehen musste, konnte nicht erreicht werden. Dafür sorgte vor allem der Putsch vom Februar 1981, der zwar kläglich scheiterte und den Mythos von Juan Carlos als einem König, der die Demokratie rettete, begründete. Er war aber vor allem ein Signal an die Gesellschaft, dass eine Vertiefung der Demokratie ausgeschlossen war. Javier Cercas hat in seinem Roman »Anatomie eines Augenblicks« von 2009 diese Seite des Putsches genau untersucht. Seit

1982 regierten abwechselnd die PSOE und die PP, die sich in ihrer Politik voneinander unterschieden, sich aber beide an den vorgegebenen Rahmen hielten. Bezeichnend hierfür ist vor allem die Unterstützung beider Parteien für die Monarchie, die sich gerade in kritischen Situationen wie der Abdankung von Juan Carlos zugunsten seines Sohnes 2014 und der Flucht des Ex-Königs in die arabischen Emirate 2020 immer wieder zeigte.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass der Veränderungsimpuls von 1978 an ein Ende gekommen ist. Es ist ein Bündel verschiedener Krisen entstanden, das nur schwer zu beherrschen ist. Grundlegende Veränderungen stehen an, sowohl auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene durch ein neues Wirtschaftsmodell als auch auf institutioneller Ebene: Die korrupte Monarchie wird immer mehr als überflüssig empfunden, das territoriale Modell ist überholungsbedürftig. Die rechten Parteien werden immer mehr zum Problem der Demokratie wegen ihrer weiterhin bestehenden Verbindungen zur Franco-Diktatur.

Für die kommenden Monate muss man stürmische Zeiten erwarten. Es geht um die Frage, ob es gelingt, das System von 1978 zu reformieren. Die Rechte wird mit allen Mitteln versuchen, den neuen Haushalt zu verhindern und darüber die Koalitionsregierung zu Fall zu bringen. Aber es bleibt die Hoffnung, dass sich ein breites Bündnis entwickelt, das nicht nur die verschiedenen Formationen der Linken umfasst, sondern auch Liberale und Konservative. Die Partei Ciudadanos hat erste Schritte eines Kurswechsels vollzogen und auf nationaler Ebene die Zusammenarbeit mit der Regierung angeboten. Wichtige Politiker der PP sind unzufrieden mit dem Kurs der Madrider Regionalregierung. Die spontanen Demonstrationen in den Madrider Arbeitervierteln für eine effektive Politik gegen die Pandemie belegen, dass Mobilisierungen möglich sind. Die anstehende Verabschiedung des Haushalts, der einen neuen Weg eröffnen soll, wird zeigen, ob diese Hoffnung berechtigt ist.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

